

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 3 mal wöchentlich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.30 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und auswärts. Verrechnungen frei ins Haus monatlich 1.30 M., vierteljährlich 3.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Verhöden.

Verlag, Schriftleitung und Druckverlagsstelle: Wiesbaden, Mittelstraße 11. Druck Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 20 Pf., Rheinlande 1.—M.; außerhalb 20 Pf., Rheinlande 1.50 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M. pro 1000.

Nummer 582

Donnerstag, 14. November 1918.

72. Jahrgang.

Kundgebungen der preuß. Regierung.

Bekanntmachung.

Nachdem wir heute im Namen des Volkstagsrats des Arbeiter- und Soldatenrats die Staatsleitung in Preußen übernommen haben, fordern wir sämtliche preussische Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung beizutragen, wozu ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt vorbehalten sind.

Die preussische Regierung:

Girsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Sänisch, A. Hoffmann.

Das Programm.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tele.)

An das preussische Volk! Preußen ist, wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Willen des Volkes zum freien Staat geworden. Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist es, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völkisch demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volkrepublik zu verwandeln. Ueber die zukünftigen Staatsverfassungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird die verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf den Grundlagen des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlrecht. Bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung hat die vorläufige Regierung, die getragen ist von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten in Staats- und Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue Preußen stellt und in Zukunft stellen wird, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten, gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Feuerungszulagen, Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volkshochschule und Schaffung einer Einheitschule, Vereinerung der Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche, Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften, Beseitigung der Gutsbezirke, völlige Gleichheit beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungsorgane, rascher Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Verwirklichung der dazu geeigneten Industrie- und landwirtschaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundrissen freier sozialer Gerechtigkeit. Es ist eine ernste schwere Zeit, in der die Regierung an ihre Arbeit gehen muß.

Berlin, 13. November.

Die preussische Regierung:

Girsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Sänisch, A. Hoffmann. Berlin, 13. Nov. (Wolff-Tele.)

Beschlagnahme des Kronfideikommissvermögens.

Berlin, 13. Nov. (Wolff-Tele.)

Die preussische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung betreffend die Beschlagnahme preussischen Kronfideikommissvermögens: Sämtliche zum preussischen Kronfideikommissvermögen gehörige Gegenstände werden hierdurch mit Beschlagnahme der Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronfideikommissvermögen gehörige, im Sondervermögen des Königs und der königlichen Familie liegende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Kundgebungen bürgerlicher Parteien.

München, 14. Nov.

Die christlichen Gewerkschaften Münchens und der Mittelfraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, in denen es heißt: Wir beanspruchen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundzüge. Die christlichen Gewerkschaften Münchens und der Mittelfraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, in denen es heißt: Wir beanspruchen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundzüge. In der Diskussion nahm ein Mitglied der sozialdemokratischen Mehrheitspartei in härtester Weise Stellung gegen den neuen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und erklärte unter lebhaftem Beifall: Wir wollen keine bayerischen Trojki. Die Versammlung forderte, daß die roten Fahnen von den Domtürmen entfernt werden müßten.

Die „Germania“ veröffentlicht Kundgebungen der Zentrumsfraktion des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, in denen es heißt: Wir beanspruchen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundzüge.

Berlin, 14. Nov. (Privat-Tele.)

Im Namen der Parteifreunde richtet an seine Parteifreunde der konservative Führer v. Seydebrand folgende Kundgebung: Alle Parteifreunde im Lande bitte ich,

troß der Bitterkeit und Sorge, die sich ihr Herz erfüllen, der furchtbaren Notlage des Vaterlandes eingedenk, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die auf Erhaltung von Ruhe und Ordnung und Sicherheit des Lebens und des Privateigentums gerichteten Bestrebungen der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen. Insbesondere bitte ich alle Parteifreunde, daß sie in diesen schweren Tagen und Wochen, selbst mit den größten eigenen Opfern, die Erhaltung des Volkes, von der jetzt alles abhängt, durch Abgabe und Bereitstellung alles dessen, was der Einzelne nur irgendwie zu leisten vermag, sichern helfen.

Aufnahme Bürgerlicher in die Reichsregierung.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tele.)

„Laut „Berl. Tagebl.“ hat die sozialistische Regierung dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Waldstein die Leitung des Reichsjustizamts und dem ehemaligen Staatssekretär Dernburg die Leitung des Reichsfinanzamts angeboten. Beide haben sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tele.)

Entgegen einer anderen Meldung teilt das „Berliner Tageblatt“ heute mit, daß der bisherige Unterstaatssekretär Schiffer Staatssekretär im Reichsfinanzamt wird und daß der unabhängige Sozialdemokrat Eduard Bernheim in das Reichsfinanzamt eintritt. Das Reichsjustizamt wird Herr v. Krause weiter leiten.

Volkshewitische Parteibildung.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tele.)

Die Spartakusgruppe, die bisher der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehört, beabsichtigt, sich in einer öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag, den 14. November, abends in den Sophienkellern in Berlin stattfindet, als selbständige politische Partei zu konstituieren. Vermutlich werden als Redner Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auftreten.

Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Abschaffung des Herrenhauses.

Berlin, 14. Nov. (Privat-Tele.)

Wie verlautet, beabsichtigt die neue preussische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus als aufgelöst und das Herrenhaus als abgeschafft zu erklären.

Gegen den Kaiser.

Ein Gerichtshof der Alliierten.

Berlin, 14. Nov. (Ein. Tele.)

Wie der „Vorwärts“ schreibt, züht die englische Staatskommission zur Vorbereitung der Anklage gegen Angehörige des deutschen Heeres wegen Verletzung des Völkerrechts und der Kriegsgesetze 22 Mitglieder, darunter Vertreter des Kriegsministeriums, der Admiralität, des Auswärtigen Amtes, Völkerrechtler und Juristen; sie arbeitet mit gleichartigen Kommissionen der anderen Ententemächte zusammen. Die Anklage trifft sich auch auf Wilhelm II. und den deutschen Generalkab.

Verschiedene englische Blätter fordern von Holland die Auslieferung des Kaisers an die Alliierten, um ihn, wie vor hundert Jahren Napoleon, auf Lebenszeit zu internieren und nutzlos zu machen.

Prinz Heinrich in Schloß Grünholz.

Prinzessin Heinrich verwundet.

Damburg, 14. Nov. (T.-U.-Tele.)

Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen befinden sich gegenwärtig auf dem Schloß des Herzogs Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein in Grünholz bei Schwansen. Der Prinzessin wurde durch einen Schuß auf der Brust der Arm verwundet.

Tod der Königin von Bayern?

München, 13. Nov.

Nach einer Meldung des „Neuen Münch. Tagebl.“ soll die Königin am Dienstag nachmittag gestorben sein. Eine Bestätigung war bis zur Stunde noch nicht zu erhalten.

Das Große Hauptquartier in Kassel.

Kassel, 14. Nov. (T.-U.-Tele.)

Das Große Hauptquartier mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg an der Spitze wird heute vormittag in Wilhelmshöhe einziehen und im hiesigen Schloßhotel, das schon gestern für die Ausnahme Vorkehrungen getroffen hat, Wohnung nehmen.

Die Revolution in Belgien.

Brüssel, 14. Nov. (T.-U.-Tele.)

In ganz Belgien, besonders in Brüssel, herrscht dem „Berl. Tagebl.“ zufolge ein Soldatenrat allerhöchster Richtung. In den Straßen wird andauernd gekämpft. Die Belgier beteiligen sich überall auf belgischer Seite. Es gab viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bilden die deutschen Waffenbestände.

Falsches Gerücht.

Kein Geheimvertrag zwischen Deutschland und Japan.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tele.)

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Mehrere Zeitungen bringen den Text eines angeblichen Memorandums, das ein japanischer Gesandter namens Oda in Berlin übergeben haben soll, und den Text eines angeblich im Entwurf befindlichen Geheimvertrages zwischen Deutschland und Japan.

Wir sind von zuständigen Stelle zu der Erklärung berechtigt, daß die ganze Nachricht von Anfang bis Ende gänzlich erfunden ist.

Erklärung der deutschen Unterhändler.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tele.)

Die deutschen Bevollmächtigten haben bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes folgende Erklärung ab:

Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der anerkannten Verpflichtungen Sorge zu tragen. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erklären, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung hin ein Entgegenkommen erzielt worden ist. (Es folgt die Bezugnahme auf den am 9. 11. und 10. 11. stattgehabten Austausch von Schriftstücken zwischen den deutschen Waffenstillstandsbevollmächtigten und dem Marischall Foch.) Sie dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Frage der Räumung Ostfrankreichs, sowie die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel eine Zustand herbeizuführen drohen, der ohne Verhinderung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen kann. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erachten es ferner für ihre Pflicht, unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen nochmals mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungerzustat stürzen muß. Nach den Kundgebungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, müßten Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherheit unserer Gegner die Qualen der am Kampfe unbeteiligten Frauen und Kinder beendet hätten. Das deutsche Volk das 50 Monate lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden wird unerschrocken jeder Gewalt seine Freiheit und seine Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.

Eraberger, Graf Oberndorff, v. Winterfeld, Euselew.

Vollständige Einstellung des Eisenbahnverkehrs.

Berlin, 14. Nov. (Ein. Tele.)

Wie die Staatsbahndirektion Berlin mitteilt, kann zur Durchführung der Demobilisierung nur noch ein geringer Teil der bisherigen Rüge für den öffentlichen Verkehr bespart werden. Für die nächste Zeit, vielleicht schon für die nächsten Tage, muß sogar mit einer vollständigen Einstellung des gesamten, nicht dem militärischen Verkehr dienenden Personenverkehrs gerechnet werden.

Die Verpflegung der heimkehrenden Truppen.

Berlin, 14. Nov. (Ein. Tele.)

Der Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrats für Wohn- und Schiffahrtswesen in Mannheim hat an den badischen Minister für die Volkswirtschaft ein Telegramm geschickt, demzufolge das Armeekorpskommando durch Flugsache einen Notschrei sandte, die Verpflegung der Truppen sei gefährdet. Die badische Regierung hat hierauf an die Arbeiter- und Soldatenräte das dringende Ersuchen gerichtet, im Interesse eines ungehinderten Fortgangs der Verpflegung sich jedes Eingriffes in die Verkehrrs- und Verpflegungsverhältnisse zu enthalten.

Die Verbrüderung an der Front.

Paderborn, 13. Nov. (Wolff-Tele.)

Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Besatzungen der heute nachmittag 1.30 Uhr von der Front nach hier zurückgekehrten Flugszeuge berichten, daß in den französischen Schützengräben von der belagerten Grenze bis Mons die rote Fahne aufgeht und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verbrüder haben.

Feindselige Haltung französischer Elsaß-Lothringer.

Strasbourg, 14. Nov. (T.-U.-Tele.)

Das deutsche Oberkommando hat am frühen Nachmittag des 10. Oktober einen Funkpruch folgenden Inhalts an das Alliierten-Oberkommando gerichtet: Die französische Bevölkerung Elsaß-Lothringens nimmt an gewissen Punkten eine feindselige Haltung den deutschen Truppen gegenüber ein. Um Kollisionen zu vermeiden, erlauben wir die französische Regierung, die Elsaß-Lothringer radiotelegraphisch zur Ruhe zu mahnen.

Durchmarsch deutscher Truppen durch Holland.

Brüssel, 15. Nov. (Wolff-Tele.)

25 000 Mann deutscher Truppen, die aus Belgien kamen, erreichten die holländische Grenze bei Asselt und wollten den Durchmarsch mit Waffengewalt erzwingen. Durch Vermittlung

lung der deutschen Gesandtschaft wurde ein Eingreifen der deutschen Truppen veranlaßt, und es wurde erreicht, daß der Durchmarsch nach Niederlegung der Waffen schattet wurde.

Schweizer Hilfe für die deutsche Ernährung.

Berlin, 14. Nov. (Eig. Tel.) Die Schweizerische Regierung hat, wie die „Post“ erfährt, sich bereit erklärt, nach besten Kräften Deutschlands Volksernährung sichern zu helfen und der deutschen Volksregierung zu diesem Zweck jede Unterstützung angedeihen zu lassen. Sie setzt jedoch dabei voraus, daß die neuwärtige Regierung nicht von einer anderen Regime oder der Anarchie abgelöst wird.

Heimförderung der Gefangenen aus Deutschland.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tel.) Die Arbeiter- und Soldatenräte werden ersucht, zu veranlassen, daß die Kriegsgefangenen von folgender Erklärung der Regierung in Kenntnis gesetzt werden: Die Regierung wird darauf sehen, daß die im Inland befindlichen Kriegsgefangenen, welche nicht die Absicht haben, hier zu bleiben, Gelegenheit erhalten, nach Friedland zurück ohne Verzögerung in die Heimat zurückzuführen.

Madenjens Schicksal.

Budapest, 14. Nov. (Wolff-Tel.) Generalfeldmarschall v. Madenjen richtete an den ungarischen Nationalrat ein Telegramm, worin er mitteilt, daß er das Hauptquartier nach Hermannstadt verlegt habe, und um die Zustimmung und Unterstützung des Nationalrates bittet, damit die ihm unterstellten Truppen möglichst rasch auf eine Art, die mit der militärischen Ehre der deutschen Armee zu vereinbaren wäre, nach Deutschland zurückgeführt werden könnte.

Kaisertreue Teile der Flotte.

Stockholm, 14. Nov. (Eig. Tel.) Dienstag nachmittag wurden einer Meldung des „D. T.“ zufolge, von der Besetzung Karlskrona fünf deutsche U-Boote geflohen, die die deutsche Lotionskammer hielten. Der schwedische Befehlshaber schickte den U-Booten ein Torpedoboot entgegen. Nachdem der Führer des U-Bootes 124 mitgeteilt hatte, daß die Boote in Schweden interniert zu werden wünschten, weil sie sich dem revolutionären Deutschland nicht unterzuordnen beabsichtigten, wurden die U-Boote entlassen in Karlskrona einlaufen. Mannschaften und Offiziere wurden interniert. Die „Dag. Nyh.“ berichtet, daß am Dienstag früh ein deutscher Hilfskreuzer vor Kalmars gestrandet. Dieser Hilfskreuzer gehört dem gegenrevolutionären Teil der deutschen Flotte an, der von kaisertreuen Offizieren auf Rügen geleitet wird. Der Kreuzer wünscht, gleichfalls interniert zu werden.

Wilmshaven, 14. Nov. (Wolff-Tel.)

Vorlesung nach durch Einspruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseeflotte Anweisung, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um die Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen.

Englische Kriegsschiffe in der Ostsee.

Stockholm, 14. Nov. (Wolff-Tel.) „Alleghanda“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, man erwarte, daß in den nächsten Tagen, vielleicht schon morgen, ein englisches Geschwader den Belt passieren und nach Neutral sehen werde.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Berlin, 14. Nov. (E.L. Tel.) Die die „Deutsche Ntg.“ aus Wien erfährt, verhält sich gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nur Frankreich ablehnend, Amerika und England erheben keinen Einspruch.

Die Wehrpflichtigen der zu besetzenden Gebiete.

Das amtliche Wollfche Büro gibt folgende Mitteilung, die sich mit unseren Ausführungen in der vorigen Nummer deckt:

Aus kaiserlichen Landesstellen wird gemeldet, daß die Bevölkerung durch Gerüchte beunruhigt wird, wonach die Alliierten beabsichtigen, bei der Besetzung dieser Gebiete, die wehrpflichtige deutsche Bevölkerung zu internieren. Demgegenüber sei festgestellt, daß diese Befürchtungen gänzlich haltlos sind. Auf Seiten der Entente bestehen für solche Maßnahmen nicht die geringsten Gründe.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tel.) Wir ersuchen dringend, auf die Bevölkerung einzuwirken, daß sie ruhig an ihrem Wohnort bleibt und nicht aus Furcht vor feindlicher Besetzung flieht. Die Ernährungslage verbietet es, jezt größere Bevölkerungsverchiebungen vorzunehmen, da die Zustehenden in anderen Kommunalverbänden nicht mitversorgt werden können. Flüchtlinge würden daher dem größten Elend entgegengehen.

Kurze politische Nachrichten.

Weitere Annahmen.

Die der „Post“ hört, Schweden zuzieht Erwägungen, die bereits erlassene Annahme auch auf andere Verächten, also nicht nur auf politische, auszuweiten, wenn in den Urteilen ausdrücklich anerkannt wird, daß den Verurteilten als Milderungsgrund ein durch die Kriegsverhältnisse verursachter Notstand zur Seite steht.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 14. November.

Plündern wird mit dem Tode bestraft. Das Stadgericht des Arbeiter- und Soldatenrates Wiesbaden hat in der Stadt rote Plakate anbringen lassen mit der Warnung, daß Plünderung mit dem Tode bestraft wird. Die Warnung ist aus dem Grunde berechtigt, als es nicht ausgeschlossen ist, daß sich unter den zurückfliehenden Deerelementen befinden, die ohne Zucht und Ordnung nun glauben, in wildem Totendranne sich an persönlichen Eigentum verächen zu dürfen. Die Warnung wird deshalb auch zur Beruhigung der Bevölkerung wesentlich beitragen.

Aufhebung der Ablehnungsvorschriften. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Anordnungen getroffen, daß von jetzt ab, da die Fliegergefahr vorüber ist, die polizeilichen Vorschriften über die Ablehnung der Fenster außer Kraft gesetzt werden.

Entlassung der Deereckschützen. Wie uns der Arbeiter- und Soldatenrat mitteilt, ist in den nächsten Tagen schon die Entlassung von Mannschaften aus der hiesigen Garnison zu erwarten. Zunächst, um dem Bunsche der Deereckschützen, baldmöglichst nach Hause zu kommen, Rechnung zu tragen, dann aber auch, um Platz zu schaffen für die Truppenteile, die auf dem Durchmarsch hier untergebracht werden müssen.

Einschränkung des Güterverkehrs. Die Eisenbahnverwaltung im Direktionsbezirk Mainz wird von jetzt ab Güter- und Frachttätigkeiten und Güter- und Frachttätigkeiten bis auf weiteres zur Beförderung nicht annehmen. Ausgenommen sind trotz der Sperre befördert werden: Lebensmittel, ausschließlich Wein, Bier und Weiskohl, Futtermittel, Dienstwagen, Kohlen für Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und die Lebensmittelindustrie. Die Verkehrsbeschränkung ist zur Gewinnung der für den Militärtransport der Truppen und der Volksernährung erforderlichen Transportmittel, insbesondere von Lokomotiven, notwendig geworden.

Der Verkehr zwischen besetzten und unbesetzten Gebiet. Es ist im inneren Reich die Frage beantwortet worden, ob es nach der Besetzung des linken Rheinufer durch den Feind, vor allem mit den Städten Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Köln und Straßburg noch unmittelbare Verkehrsverbindungen geben wird. Die Sorge anderer Landesleute

ist überflüssig und unberechtigt. Post, Telegraph und Eisenbahn werden auch während der Zeit der feindlichen Besetzung keinen wesentlichen Beschränkungen unterworfen. Wie weit eine Zensur und eine Durchsuchung der einzelnen Personen Platzgreifen wird, muß abgewartet werden. Jedensfalls ist zu erwarten, daß der Verkehr mit den besetzten Gebieten aufrecht erhalten bleibt.

Ein Raminbrand ist gestern abend 6 Uhr im Hause Walramstraße 6 ausgebrochen, der von der Feuerwache rasch gelöscht wurde.

Standesamt-Nachrichten vom 14. November. Sterbefälle: Am 12. Nov. Kurt Dennenmann, 2 Jahre. Am 13. Nov.: Heinrich Zeppenfeld, Lokomotivführer a. D., 70 J. Am 14. Nov. Josef Roth, Tapeziererachse, 62 Jahre.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.

Rassauisches Landestheater Wiesbaden. Auf Wunsch des Arbeiter- und Soldatenrates findet am nächsten Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, eine Aufführung des Lustspiels „Der siebente Tag“ von Schöngel und Weillisch statt. Die Eintrittskarten werden unentgeltlich den Vermundeten der hiesigen Lazarette zur Verfügung gestellt werden.

Residenz-Theater. Morgen Freitag gelangt zu halben Preisen Jacobs und Lewins bester, musikalischer Schwank „Wenn im Frühling der Hollander“ zur Aufführung.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie.

Mittwoch vormittag.

50 000 Mark auf Nr. 113 668. 10 000 Mark auf Nr. 3760. 5 000 Mark auf Nr. 75 204 136 802. 3 000 Mark auf Nr. 1495 2490 6872 6900 12 704 20 858 24 424 33 275 56 804 66 204 72 405 84 787 89 438 90 468 101 717 106 335 114 831 123 152 128 558 134 868 136 048 138 554 138 571 154 760 162 382 165 266 167 809 173 349 175 348 188 130 190 937 220 550 227 195 231 375.

Mittwoch nachmittag.

15 000 Mark auf Nr. 221 653. 5 000 Mark auf Nr. 136 596. 3 000 Mark auf Nr. 6855 6897 7883 16 523 34 709 48 485 49 627 54 968 56 583 58 759 57 920 81 919 89 410 91 398 95 212 95 504 96 737 98 599 106 744 114 589 116 864 126 308 127 601 129 281 133 668 133 802 138 576 142 674 143 757 149 603 159 111 165 637 172 995 176 119 199 782 206 040 205 087 206 179 215 208 217 319 und 227 207. (Sine Gewähr.)

Die vollständige Gewinnliste kann in unserer Hauptgeschäftsstelle, Nikolastraße 11, und bei unseren Aktialen, Mauritiusstr. 14, Schulstraße 2, Cramin-Gasse Vorderstraße, Bismarckring 23 und Geldstraße 1 eingesehen werden.

Volkswirtschaft.

Wiedereröffnung der Berliner Börse.

Berlin, 14. Nov. (Wolff-Tel.) Die Wiedereröffnung der Börseverkehr findet am 15. November statt.

Das Hamstern von Banknoten scheint besonders in der Rheinpfalz in Blüte zu stehen. Wie in einer Hauptversammlung der Rheinländer Volkshilfe in Neustadt am Dienstag laut „Mainz. Gen. Anz.“ mitgeteilt wurde, sollen einzelne Leute 60-70 000 Mark an Bargeld zuhause haben. In einem einzigen Dorf sollen etwa zwei Millionen Kassenscheine aufgeschafft sein.

Schriftleitung: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil: R. E. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gerichte und Sport: L. E. Haus Haneke; für die Anzeigen: Joh. Bahlert sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitungs-Anstalt G. m. b. H.

Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg.

Vorausssichtliche Witterung für Freitag, 15. November. Zeitweilig aufsteigend, vereinzelt leichter Naldfrost.

Bade im Badehaus! 12 Bäder Mark 10.— 6 „ „ 5.— 1 „ „ 1.— mit Ruheraum.

Badehaus zum Goldenen Brunnen Starke warme Quelle. Goldgasse 10.

Vorübergehende Einschränkung des Güterverkehrs. Die Annahme von Güter- und Frachttätigkeiten, Güter- und Frachttätigkeiten ist bei allen Güterabfertigungen des Direktionsbezirks von sofort bis auf weiteres eingestellt. Ausgenommen sind nur Lebensmittel, ausschließlich Wein, Bier und Weiskohl, Futtermittel, Dienstwagen, Kohlen für Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und die Lebensmittelindustrie. Mainz, den 13. November 1918. (12149) Preussische und Sächsische Eisenbahndirektion.

Bitte ausschneiden und aufbewahren! Brauchen Sie eine Droschke Ein- oder Zweisp., Tag oder Nacht, zur Bahn, Beerdigung oder auswärtige Fahrt bei billiger Berechnung, rufen Sie bitte Telefon 1793 Fuhrhalterei August Ritzel, Platterstrasse 130 an (797)

Beleuchtungskörper modern, grosse Auswahl, billigste Preise. Flack, Luisenstrasse 44, neben Residenztheater. (3620)

Sonnenberg. — Warnung für die Selbstversorger. Das Hamstern und die Schleichverlagerung mit Bodenerzeugnissen aller Art, namentlich aber mit Kartoffeln hat in den meisten Gemeinden des Kreises einen Umfang angenommen, der die Sicherstellung nicht nur der unbedingt zu erfüllenden Pflichterfüllungen, sondern auch die eigene Versorgung im Kreise auf das Schwerste gefährdet. Wer dem Schleichhändler und dem Hamstere Gezeirde und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotswidrig verkauft, schädigt die Allgemeinheit und sich selbst. Wird unserem Kreise ein Teil unserer Vorräte durch Schleichhändler und Hamstere genommen, so können wir die Mengen, die wir für unser Volk und für die Front liefern müssen nur aufbringen, wenn wir die Nation der Selbstversorger herabsetzen! Jeder Landwirt weiß, was das für seine Wirtschaft bedeutet. Jeder Landwirt und jede Landfrau müssen sich also sagen: Das was lebt der Schleichhändler und der Hamstere zum Schaden der Allgemeinheit davon trägt, muß Du loüter selbst mit Deinen Angehörigen aus Deinen Vorräten nachmals hergeben. Die Erzeuger von Bodenerzeugnissen verwarne ich daher wiederholt auf eindringlichste, Kartoffeln, Getreide u. a. an Hamstere und Schleichhändler abzugeben. In allen Fällen, in denen die Erzeuger ihren Versorgungspflichten gegenüber dem Kommunalverband nicht nachkommen, wird ein Eingriff in die für die eigene Versorgung belassenen Vorräte unausweichlich sein. Wiesbaden, den 12. Oktober 1918. Der Rdnialische Landrat von Heimbura. Wird veröffentlicht. Sonnenberg, den 12. Nov. 1918. Der Bärermeister. Buchelt.

Verf. Verteilung von Beleuchtungsmitteln. Nach Maßgabe der „Verordnung über die Abgabe von Petroleum zu Leuchtzwecken und dessen Ersatzmittel“ vom 7. Sept. ds. Js. wird das Feld C der Petroleumkarte vom 15. bis zum 27. November einschließlich in Gültigkeit gesetzt. Es erhalten die Vermögensberechtigten der Gruppen 1-3 1 Liter Petroleum und 1 Kerze und 4-6 2 Liter Petroleum und 2 Kerzen. Da die Zufuhren aus und über Oesterreich-Ungarn seit einiger Zeit vollständig hoden, ist anherke Sparfamkeit im Verbrauch geboten. Wiesbaden, den 14. November 1918. (1066) Städtisches Petroleumamt.

Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen. Rechtsanwalt Dr. Ignaz Rosenthal, Kirchgasse 52. (7705)

Sonnenberg. — Bekanntmachung. Die Besitzer von Gartengrundstücken, welche an die Wasserleitung angeschlossen sind, werden darauf aufmerksam gemacht, daß infolge der allgemeinen Preissteigerung auch die Wassermesser außerordentlich im Preise gestiegen sind. Umso mehr ist es geboten, die Wassermesser im Herbst auf ihre Kosten abnehmen und im Frühjahr wieder aufstellen zu lassen, oder aber sie müssen gehörig gegen Frost geschützt werden. Die Inhaber der Wassermesser sind der Gemeinde für die Erhaltung derselben verantwortlich und somit ersatzpflichtig. Es wird deshalb gebeten, die Anmeldung für das Abnehmen der Wassermesser im Rathaus, Zimmer 8 zu bewirken. Gleichseitig werden die Gartenbesitzer ersucht, die Wassermesserschäden umgehend freizulegen, da in den ersten Tagen die Wasseraufnahme stattfindet. Sonnenberg, den 12. November 1918. Der Bärermeister, J. E. Christ, Beigeordneter.

Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hermann Wille zu Elmille, alleiniger Inhaber der Firma Rheinischer Schuhwarenfabrik V. Wolfcam zu Nieherwallen wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben. Elmille, den 31. Oktober 1918. (3508) Kgl. Amtsgericht. In unser Handelsregister A Nr. 987 wurde heute bei der Firma „Robert Sondheim“ in Wiesbaden folgendes eingetragen: Der Witwe Leopold Sondheim Mathilde geb. Sauerbach zu Mainz ist Procura erteilt. Wiesbaden, den 11. November 1918. (11118) Königlich-Kgl. Amtsgericht, Abt. 8.

Wer wagt, gewinnt! Ueberlinger Geld-Lotterie Ziehung am 19. und 20. November 1918 6269 Geldgewinne bar ohne Abzug Mark Hauptgew. 155 000 60 000 20 000 Lose à Mark 3.— Porto und Liste 45 Pf. extra versend. auch geg. Nachnahme Carl Schneemilch, Hamburg 24, F60